Ausgabe A.

Gesetzblatt für die Freie Stadt Danzig

Nr. 44 — Ausgegeben Danzig, den 18. Juni — 1936

Inhalt

Tag		Seite
18. 6. 1936	Verordnung zu dem Uebereinkommen zwischen dem Senat der Freien Stadt Danzig und der Regierung der Republik Polen zur Regelung der Fragen, die mit den Auswirkungen der polnischen Devisenbewirtschaftung auf Danzig verbunden sind	239

100

Verordnung

zu dem Übereinkommen zwischen dem Senat der Freien Stadt Danzig und der Regierung der Republik Polen zur Regelung der Fragen, die mit den Auswirkungen der polnischen Devisenbewirtschaftung auf Danzig verbunden sind.

Vom 18. Juni 1936.

Auf Grund der Verordnung betreffend die Ermächtigung des Senats zur Verkündung Internationaler Verträge und Übereinkommen vom 18. Dezember 1933 (G. Bl. S. 631) wird folgendes mit Gesetzeskraft verordnet:

§ 1

(1) Dem am 9. Juni 1936 zu Zoppot unterzeichneten Übereinkommen zwischen dem Senat der Freien Stadt Danzig und der Regierung der Republik Polen zur Regelung der Fragen, die mit den Auswirkungen der polnischen Devisenbewirtschaftung auf Danzig verbunden sind, wird zugestimmt.

(2) Der Wortlaut des Übereinkommens wird in der Anlage veröffentlicht.

§ 2

Das Übereinkommen tritt am 19. Juni 1936 in Kraft.

§ 3

(1) Wer den in dem Übereinkommen aufgestellten Verpflichtungen (Geboten und Verboten), insbesondere den Bestimmungen über die Verpflichtung zur Beibringung von Valuta-Exportbescheinigungen oder den sonst im Artikel 3 des Übereinkommens genannten Bescheinigungen und den in diesen Bescheinigungen festgelegten Verpflichtungen zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis und mit Geldstrafe bis zu 100 000 Gulden oder einer dieser Strafen bestraft. Die gleiche Strafe trifft denjenigen, der vorsätzlich unrichtige oder unvollständige Angaben tatsächlicher Art macht oder benutzt, um für sich oder einen anderen eine nach dem Übereinkommen erforderliche Bescheinigung oder Genehmigung (z. B. Devisen-Erwerbsgenehmigung) zu erschleichen oder die mit der Durchführung des Übereinkommens betrauten Stellen in sonstiger Weise irreführt.

((2) Der Versuch ist strafbar.

(3) Wird die Zuwiderhandlung nur fahrlässig begangen oder sind sonst mildernde Umstände vorhanden, so tritt nur die Geldstrafe ein. In besonders leichten Fällen kann von Strafe abgesehen werden.

(4) An die Stelle einer nicht einbringlichen Geldstrafe tritt eine Gefängnisstrafe nach Maßgabe der bestehenden Vorschriften.

§ 4

(1) Neben der Strafe können die Werte, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, zu Gunsten der Freien Stadt Danzig eingezogen werden, auch wenn sie dem Täter oder einem Teilnehmer nicht gehören; das gleiche gilt von den Werten, die durch die strafbare Handlung gewonnen sind. Ist die Einbeziehung eines solchen Wertes nicht ausführbar, so kann auf die Einziehung eines entsprechenden Geldbetrages erkannt werden; das Gericht kann dies auch nachträglich durch Beschluß aussprechen.

(Achter Tag nach Ablauf des Ausgabetages 26. 6. 1936.)

(2) Ist der Beschuldigte abwesend oder kann keine bestimmte Person verfolgt oder verurteilt werden, so kann auf Antrag der Staatsanwaltschaft die Einziehung selbständig durch Beschluß des Gerichts ausgesprochen werden. Gegen den Beschluß findet die sofortige Beschwerde statt.

§ 5

Zur Aburteilung von Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung findet das Schnellverfahren nach § 212 der Strafprozeßordnung (Verordnung zur Beschleunigung der Aburteilung von Straftaten vom 19. Dezember 1933 — G. Bl. S. 630 —) auch dann statt, wenn der Beschuldigte sich weder freiwillig stellt, noch infolge einer vorläufigen Festnahme dem Gericht vorgeführt wird.

§ 6

(1) Für die Verfolgung der nach dieser Verordnung strafbaren Handlungen ist auch die Überwachungsstelle für den Zahlungsverkehr mit dem Auslande (§ 1 der Verordnung über den Zahlungsverkehr mit dem Auslande vom 17. Juli 1935 — G. Bl. S. 845 —) zuständig.

(2) Wenn der Beschuldigte eine Zuwiderhandlung gegen diese Verordnung vorbehaltlos einräumt, kann er sich vor der Überwachungsstelle der in einer Niederschrift festzusetzenden Strafe und der Einziehung unter Verzicht auf eine gerichtliche Entscheidung sofort unterwerfen. Die Unterwerfung steht einer rechtskräftigen Verurteilung gleich.

§ 7

Die Verordnung tritt am 19. Juni 1936 in Kraft.

Danzig, den 18. Juni 1936.

Der Senat der Freien Stadt Danzig

Dr. Wiercinski-Keiser Paul Batzer

Anlage

Uebereinkommen

zwischen dem Senat der Freien Stadt Danzig und der Regierung der Republik Polen zur Regelung der Fragen, die mit den Auswirkungen der polnischen Devisenbewirtschaftung auf Danzig verbunden sind.

Zur Regelung der Fragen, die mit den Auswirkungen der polnischen Devisenbewirtschaftung auf Danzig verbunden sind, sind der Senat der Freien Stadt Danzig und die Regierung der Republik Polen nach Erlaß der Danziger Verordnung über den Zahlungsverkehr in Zloty vom 2. Juni 1936/6. Juni 1936 (G. Bl. S. 223) wie folgt übereingekommen:

I. Danzig-polnischer Ausschuß für Devisenfragen

Artikel 1

Zwecks Ausführung der in diesem Übereinkommen enthaltenen Vorschriften und zwecks Erleichterung seiner reibungslosen Abwicklung wird ein „Danzig-polnischer Ausschuß für Devisenfragen" gebildet, der aus 6 Mitgliedern besteht, von denen 3 (die Danziger Delegation) vom Senat der Freien Stadt Danzig und 3 (die Polnische Delegation) von der Polnischen Regierung berufen werden. Jede Delegation wird aus einem Vorsitzenden, einem Sachverständigen für Finanzangelegenheiten und einem Sachverständigen für Wirtschaftsangelegenheiten bestehen. Weitere Sachverständige können nach dem Grundsatze der Parität zugezogen werden. Stimmberechtigt sind nur die Vorsitzenden. Der Ausschuß arbeitet seine Geschäftsordnung aus, die vom Senat der Freien Stadt Danzig sowie von der Polnischen Regierung genehmigt werden muß. Diese Geschäftsordnung soll insbesondere bestimmen, daß den Vorsitz im Ausschuß abwechselnd der Danziger und der polnische Vorsitzende führen werden. Sie wird auch bestimmen, in welchem Umfange die beiden Sachverständigen für Finanzangelegenheiten bezw. die beiden Sachverständigen für Wirtschaftsangelegenheiten selbständig Entscheidungen treffen können. Bei Meinungsverschiedenheiten kann die betreffende Frage dem Senat der Freien Stadt Danzig und der Polnischen Regierung zur Entscheidung vorgelegt werden. Die beiden Vorsitzenden handeln im Rahmen der ihnen vom Senat der Freien Stadt Danzig bezw. von der Regierung der Republik Polen erteilten Vollmachten.

II. Besondere Vorschriften betreffend die Warenausfuhr nach dem Zollauslande

Artikel 2

1. Um dem Grundsatz zu entsprechen, daß in Danzig ansässige Firmen oder Personen bei der Ausfuhr aus Polen nach dem Zollauslande gegenüber polnischen Firmen und Personen durch die polnische Devisenbewirtschaftung nicht benachteiligt werden dürfen, sind die in Danzig ansässigen Firmen und Personen insbesondere berechtigt, an die Devisenbanken in Polen nur soviel Devisen, die aus dem Export polnischer Artikel herrühren, abzuführen, als es dem Werte der betreffenden Ware zurzeit der Überschreitung der polnischen Grenze entspricht. Der Verdienst der Danziger Firmen und Personen, evtl. die Kosten der Veredelung und Verpackung der Ware sowie andere Nebenkosten, die von diesen Firmen und Personen außerhalb Polens und nicht in Zloty getragen werden, können demnach von den von den ausländischen Empfängern erlangten Summen in Abzug gebracht werden.

2. Der danach abzuliefernde Betrag vermindert sich entsprechend in den Fällen, in denen eine Exportprämie gezahlt wird. Er übersteigt in keinem Fall den beim Absatz in das Zollausland erzielten Verkaufspreis.

3. Der gemäß Abs. 1 und 2 abzuliefernde Devisenbetrag darf von den Danziger Exporteuren nicht früher und nicht unter ungünstigeren Bedingungen verlangt werden, als es in gleichliegenden Fällen von den polnischen Exporteuren verlangt wird.

Artikel 3

1. Die Ausfuhr von Waren aus Danzig in das Zollausland mit Ausnahme der in Abs. 2 erwähnten Waren wird durch die im Gebiet der Freien Stadt Danzig und in Polen gelegenen Zollämter in den Fällen, in denen Polen die Ausfuhr aus Polen von der Vorlage einer Valuta-Exportbescheinigung gemäß den bestehenden Vorschriften abhängig macht, zugelassen werden:

a) bei Waren polnischen Ursprungs oder polnischer Herkunft gegen Vorlage der polnischen Valuta-Exportbescheinigung,

b) bei Waren nichtpolnischen Ursprungs (Danziger oder zollausländischen Ursprungs) gegen Vorlage einer den Ursprung der Ware bestätigenden Bescheinigung der Industrie- und Handelskammer bezw. der Bauernkammer in Danzig,

c) bei Waren polnischen Ursprungs oder polnischer Herkunft, die ohne polnische Valuta-Exportbescheinigung nach Danzig gelangen und aus Danzig unbearbeitet in das Zollausland ausgeführt werden, gegen Vorlage einer Valuta-Exportbescheinigung der Kammer für Außenhandel zu Danzig, wobei eine Zubereitung, Reinigung, Verpackung, Sortierung oder Behandlung in ähnlicher Art nicht als Bearbeitung gilt. In der Valuta-Exportbescheinigung wird festgestellt, wieviel Devisen nach Polen abzuführen sind.

Dasselbe gilt für Waren polnischen Ursprungs, die in Danzig be- oder verarbeitet werden, wobei jedoch eine Devisenabführung an die polnischen Devisenbanken nur in den Fällen verlangt werden wird, in denen die Be- oder Verarbeitung in Danzig eine böswillige Umgehung der polnischen Devisenvorschriften zum Zwecke der Kapitalflucht darstellt. In diesem Falle ist festzustellen, welchen Wert die aus Polen stammenden Rohstoffe oder Halbfabrikate bei der Überschreitung der polnisch-Danziger Grenze hatten und demgemäß wieviel Auslandsdevisen an die polnischen Devisenbanken abzuführen sind.

Sollten in Polen allgemein geltende Bestimmungen über Devisenabführung getroffen werden, so sollen sie entsprechend bei Ausstellung von Valuta-Exportbescheinigungen durch die Kammer für Außenhandel zu Danzig Anwendung finden, jedoch nur unter Berücksichtigung der in Art. 2 festgesetzten Grundsätze.

In die diesbezüglichen Arbeiten der Kammer für Außenhandel wird der in Art. 7 erwähnte polnische Vertreter uneingeschränkte Einsicht haben. Auf seinen Antrag ist jede fragliche Angelegenheit dem Danzig-polnischen Ausschuß zur unverzüglichen Entscheidung vorzulegen. Ein solcher Antrag hat nur in den Fällen des ersten Absatzes dieser Ziffer aufschiebende Wirkung.

2. Für die in der anliegenden Liste erwähnten Waren werden bei der Verbringung von Polen nach Danzig die polnischen Kontrollmaßnahmen beibehalten, insbesondere kann die polnische Valuta-Exportbescheinigung an der polnisch-Danziger Grenze verlangt werden. Diese Liste kann durch den in Artikel 1 dieses Übereinkommens erwähnten Ausschuß abgeändert werden. Die in Danzig ansässigen Firmen oder Personen werden von der betreffenden polnischen Stelle von der Verpflichtung befreit, Devisen nach Polen abzuführen, wenn die Kammer für Außenhandel zu Danzig feststellt, daß die Ware dem Danziger Eigenverbrauch zugeführt oder nach Polen zurückverbracht worden ist. Die Feststellung der Kammer für Außenhandel ist verbindlich, wenn der in Artikel 7 erwähnte polnische Vertreter keinen Einspruch erhebt.

Artikel 4

Die Erteilung der polnischen Valuta-Exportbescheinigung kann auch von einer in Danzig ansässigen Person oder Firma, die die Ware aus Polen ausführt, beantragt werden.

Artikel 5

Bei der Verbringung von Waren nach dem Gebiet der Freien Stadt Danzig werden mit Ausnahme der im Artikel 3 Abs. 2 genannten Falle polnische Valuta-Exportbescheinigungen nicht verlangt werden.

III. Besondere Vorschriften über die Wareneinfuhr aus dem Zollauslande

Artikel 6

1. Die in Danzig ansässigen Firmen und Personen, die Waren aus dem Zollauslande in das Gebiet der Republik Polen einführen, werden hinsichtlich der Zuteilung von Devisen in gleichliegenden Fällen nicht schlechter behandelt als die in Polen ansässigen Importeure. Insbesondere werden ihnen gegenüber nicht schärfere Bedingungen für die Erlangung von Devisen angewendet werden, als dies gegenüber den in Polen ansässigen Firmen und Personen der Fall sein wird.

2. Gemäß den im Abs. 1 festgelegten Grundsätzen sollen die Danziger Firmen und Personen an der Devisenzuteilung aus polnischen Devisenbeständen in einem Verhältnis beteiligt sein, das der bisherigen Beteiligung dieser Firmen und Personen an der Einfuhr aus dem Zollausland nach Polen unter Abzug der Einfuhr auf Grund von Verrechnungsabkommen oder Kompensationsgeschäften entspricht.

Artikel 7

Für die Feststellung der Verbringung von zollausländischen Waren von Danzig nach Polen ist die Danziger Kammer für Außenhandel zuständig, der die Verbringung durch die Antragsteller nachzuweisen oder glaubhaft zu machen ist. In die diesbezüglichen Arbeiten der Kammer wird ein polnischer Vertreter uneingeschränkte Einsicht haben, auf dessen Antrag jede fragliche Angelegenheit dem Danzig-polnischen Ausschuß zur Entscheidung vorzulegen ist. Jedoch hat ein solcher Antrag keine aufschiebende Wirkung.

IV. Besondere Vorschriften über den Zahlungsverkehr

Artikel 8

Im Zahlungsverkehr aus Polen nach Danzig werden grundsätzlich Zahlungen zugelassen, die aus dem Warenverkehr, aus Patenten und Lizenzen, aus Renten, Pensionen, Versorgungsansprüchen, sowie aus allen anderen Verpflichtungen entspringen, soweit sie dem normalen Zahlungsverkehr zwischen Polen und Danzig entsprechen.

Artikel 9

Zur Abwicklung des Zahlungsverkehrs zwischen der Freien Stadt Danzig und der Republik Polen werden natürlichen und juristischen Personen, die ihren Wohnsitz oder Sitz im Gebiet der Freien Stadt Danzig haben, besondere Zlotykonten bei polnischen Devisenbanken eingerichtet, auf die die polnischen Devisenbanken Einzahlungen zugunsten Danziger Kontoinhaber frei von jeder Prüfung und ohne jede besondere Genehmigung entgegennehmen können. Zu Lasten dieser Konten können die Danziger Kontoinhaber Zahlungen in Polen im Wege unmittelbarer Überweisung zugunsten in Polen ansässiger natürlicher oder juristischer Personen sowie Übertragungen auf solche Konten, deren Inhaber im Gebiete der Freien Stadt Danzig ansässigen natürlichen oder juristischen Personen sind, vornehmen (sogenannte Danziger Zloty-Konten für Inlandszahlungen — „Daki" —).

Artikel 10

Soweit die Danziger Kontoinhaber über die auf ihrem Konto befindlichen Betrage nicht in Polen verfügen wollen und Auszahlung in Devisen wünschen, müssen im normalen Wege Anträge auf Zuteilung von Devisen bei den polnischen Devisenbanken gestellt werden.

Artikel 11

Außer den im Art. 9 genannten Daki-Konten können für die Geldinstitute im Gebiete der Freien Stadt Danzig bei den polnischen Devisenbanken freie Auslandskonten errichtet bezw. weitergeführt werden, die den Bedingungen der polnischen Devisengesetzgebung unterliegen.

Die für die natürlichen und juristischen Personen, welche ihren Wohnsitz oder Sitz im Gebiete der Freien Stadt Danzig haben, bei den polnischen Devisenbanken bisher geführten freien Zloty-Konten können auf Wunsch der Kontoinhaber in Daki-Konten der bisherigen Kontoinhaber umgewandelt oder auf freie Auslandskonten der Danziger Geldinstitute übertragen werden.

Die auf den bisherigen Sperrkonten befindlichen Guthaben dürfen nur auf Daki-Konten übertragen werden.

Artikel 12

Zur Aufrechterhaltung des Reiseverkehrs nach Danzig ist Reisenden aus Polen nach Danzig die Mitnahme von 500,— Zloty monatlich in einer Summe gestattet. Über die erfolgte Mitnahme wird dem Personalausweis ein besonderer Devisenausweis beigefügt, der ohne Schwierigkeiten beim Grenzübertritt erteilt wird.

V. Schlußbestimmungen

Artikel 13

Dieses Übereinkommen tritt 10 Tage nach seiner Unterzeichnung in Kraft und tritt außer Kraft 15 Tage nach seiner Kündigung durch eine der Parteien. Diese Kündigung soll jedoch nur am 15. eines jeden Monats zum Schluß des betreffenden Monats oder am 1. zum 15. desselben Monats erfolgen.

Das vorliegende Übereinkommen ist in deutscher und polnischer Sprache, jeder Text in zwei Exemplaren, ausgefertigt worden. Beide Texte sind gleichwertig.

Zoppot, den 9. Juni 1936.

Für den Senat der Freien Stadt Danzig	Für die polnische Regierung
gez. Ernst Büttner	gez. Adam Rose
(L. S.)	(L. S.)

Anlage

zu Artikel 3 Absatz 2 des Danzig-Polnischen Übereinkommens vom 9. Juni 1936.

1. Holz (Ausfuhrzolltarif-Pos. 14, 15, 16, 17, 18 und 19),
2. Schweine (Ausfuhrzolltarif-Pos. 20 und 21),
3. Getreide, Hülsenfrüchte und Mehlprodukte (Einfuhrzolltarif-Pos. 24, P. 1—3, Pos. 27, 28, 285 und 286),
4. Kohle und Koks (Einfuhrzolltarif-Pos. 180 und 182).

Załącznik

Porozumienie

pomiędzy Senatem Wolnego Miasta Gdańska i Rządem Polskim w przedmiocie uregulowania spraw, związanych z oddziaływaniem na Gdańsk polskiej gospodarki dewizowej.

W celu uregulowania spraw, związanych z oddziaływaniem na Gdańsk polskiej gospodarki dewizowej, Senat Wolnego Miasta Gdańska i Rząd Polski po wydaniu przez Senat Wolnego Miasta Gdańska rozporządzenia o obrocie płatniczym złotym z dnia 2. 6. 1936 r./ 6. 6. 1936 r. (G. Bl. str. 223), porozumieli się jak następuje:

I. Gdańsko-Polski Komitet do spraw dewizowych

Artykuł 1

W celu wykonania zawartych w niniejszem porozumieniu przepisów oraz ułatwienia sprawnego funkcjonowania tego porozumienia, zostaje utworzony „Gdańsko-Polski Komitet do spraw dewizowych", w składzie 6 członków, z których 3 (Gdańska Delegacja) Senat Wolnego Miasta Gdańska, a 3 (Polska Delegacja) powoła Rząd Polski. Każda Delegacja składać się będzie z przewodniczącego, jednego rzeczoznawcy do spraw finansowych i jednego rzeczoznawcy do spraw gospodarczych. Dalsi rzeczoznawcy mogą być powołani na zasadzie równości. Prawo głosu przysługuje tylko przewodniczącym. Komitet opracuje regulamin, który musi być zatwierdzony zarówno przez Senat Wolnego Miasta Gdańska jak i przez Rząd Polski. Regulamin ten powinien w szczególności stanowić, że w Komitecie kolejno przewodniczyć będą polski i gdański przewodniczący. Regulamin ten ustali ponadto, w jakim zakresie mogą obydwaj rzeczoznawcy do spraw finansowych lub obydwaj rzeczoznawcy do spraw gospodarczych samodzielnie wydawać decyzje. W razie różnicy zdań odnośna sprawa może być przedłożona do decyzji Senatowi Wolnego Miasta Gdańska i Rządowi Polskiemu. Obydwaj przewodniczący działają w ramach pełnomocnictw, udzielonych im przez Senat Wolnego Miasta Gdańska i Rząd Polski.

II. Szczegółowe przepisy o wywozie towarów zagranicę celną

Artykuł 2

1) Pragnąc dać wyraz zasadzie, że osiadłe w Gdańsku firmy lub osoby nie mogą być przy wywozie z Polski zagranicę celną pokrzywdzone przez polską gospodarkę dewizową, w porównaniu z polskiemi firmami i osobami, osiadłe w Gdańsku firmy i osoby będą w szczególności uprawnione do odstępowania bankom dewizowym w Polsce tylko tej ilości dewiz, pochodzących z eksportu polskich artykułów, jaka odpowiada wartości danego towaru w chwili przekraczania granicy polskiej. Zysk gdańskich firm i osób, względnie koszty uszlachetnienia i opakowania towaru, jak również inne koszty dodatkowe, które ponoszone są przez te firmy lub osoby poza Polską i nie w złotych, mogą być też potrącone z sum uzyskanych od zagranicznych odbiorców.

2) Kwotę podlegającą odstąpieniu zmniejsza się odpowiednio w tych przypadkach, w których wypłacana jest premja eksportowa. Kwota ta w żadnym razie nie może przewyższać ceny uzyskanej przy sprzedaży zagranicę celną.

3) Kwota dewiz, która ma być odstąpiona w myśl ust. 1 i 2, może być od gdańskich eksporterów wymagana nie wcześniej i nie na gorszych warunkach, niż to jest wymagane w podobnych przypadkach od eksporterów polskich.

Artykuł 3

1) W tych przypadkach, w których Polska uzależnia wywóz z Polski od przedstawienia zaświadczenia walutowego w myśl obowiązujących przepisów, wywóz towarów z Gdańska zagranicę celną, z wyjątkiem towarów wymienionych w ustępie 2, będzie dozwolony przez urzędy celne, położone na obszarze W. M. Gdańska i we Polsce:

a) przy towarach polskiej produkcji lub polskiego pochodzenia po przedłożeniu polskiego zaświadczenia walutowego,

b) przy towarach niepolskiej produkcji (gdańskiej lub zagranicznej produkcji) — po przedłożeniu zaświadczenia Izby Przemysłowo-Handlowej lub Izby Włościańskiej w Gdańsku, stwierdzającego pochodzenie towaru,

c) przy towarach produkcji lub pochodzenia polskiego, przychodzących do Gdańska bez polskiego zaświadzenia walutowego i wywożonych z Gdańska zagranicę celną w stanie nieprzerobionym — po przedłożeniu zaświadczenia walutowego w Izbie Handlu Zagranicznego w Gdańsku, przyczem przygotowanie, oczyszczenie, opakowanie, sortowanie,

lub podobne czynności, nie będą uważane za przeróbkę. W zaświadczeniu walutowem należy ustalić, jaka ilość dewiz ma być odprowadzona do Polski.

To samo dotyczy towarów polskiego pochodzenia, obrobionych lub przerobionych w Gdańsku, przyczem odprowadzanie dewiz do polskich banków dewizowych będzie wymagane tylko w tych wypadkach, w których obróbka lub przeróbka w Gdańsku ma na celu na złej woli oparte obejście polskich przepisów dewizowych dla ucieczki kapitałów. W tym wypadku należy stwierdzić wartość pochodzących z Polski surowców lub półfabrykatów w chwili przekroczenia polsko-gdańskiej granicy i stosownie do tego ustalić wysokość sumy dewiz zagranicznych, którą należy odprowadzić do polskich banków dewizowych.

Gdyby w Polsce wydane były ogólnie obowiązujące postanowienia o odprowadzaniu dewiz, będą one odpowiednio stosowane przy wystawianiu zaświadczeń walutowych przez Izbę Handlu Zagranicznego w Gdańsku, jednakże tylko z uwzględnieniem zasad ustalonych w art. 2.

Przedstawiciel polski, wymieniony w art. 7, będzie miał nieograniczone prawo wglądu w odnośne prace Izby Handlu Zagranicznego. Na jego wniosek każda wątpliwa sprawa musi być przedłożona do natychmiastowej decyzji Gdańsko-Polskiemu Komitetowi do spraw dewizowych. Wniosek taki ma moc wstrzymującą jedynie w wypadkach, przewidzianych w ust. 1 p. c.

2) Dla towarów, wymienionych w załączonej liście, będą przy wysyłce z Polski do Gdańska utrzymane polskie zarządzenia kontrolne, w szczególności mogą być wymagane na granicy polsko-gdańskiej polskie zaświadczenia walutowe. Lista ta może być zmieniona przez Komitet, wymieniony w art. 1 niniejszego Porozumienia. Jeżeli Izba Handlu Zagranicznego w Gdańsku stwierdzi, że towar przeznaczony został do własnego spożycia Gdańska lub na reekspedycję do Polski, osiadłe w Gdańsku firmy lub osoby będą zwolnione przez właściwe instancje polskie od obowiązku odprowadzania dewiz do Polski. Odnośne stwierdzenia Izby Handlu Zagranicznego są wiążące, o ile polski przedstawiciel, wymieniony w art. 7. nie zgłosi sprzeciwu.

Artykuł 4

Wniosek o udzielenie polskiego zaświadczenia walutowego może być złożony również przez osiadłą w Gdańsku osobę lub firmę, eksportującą towary z Polski.

Artykuł 5

Przy przywozie towarów do obszaru Wolnego Miasta Gdańska nie będą wymagane zaświadczenia walutowe, z wyjątkiem przypadków, wymienionych w ust. 2 art. 3.

III. Szczegółowe przepisy o przywozie towarów z zagranicy celnej

Artykuł 6

1) Osiadłe w Gdańsku firmy i osoby, sprowadzające towary z zagranicy celnej do obszaru Rzeczypospolitej Polskiej, nie będą odnośnie przydziału dewiz traktowane gorzej w równoznacznych przypadkach od importerów, osiadłych w Polsce. W szczególności nie będą im przy przydziale dewiz stawiane ostrzejsze wymagania, niż wobec firm i osób, osiadłych w Polsce.

2) Stosowni do zasad, ustalonych w ust. 1, gdańskie firmy i osoby będą uczestniczyły w przydziale dewiz z polskich zapasów dewizowych w stosunku, odpowiadającym dotychczasowemu udziałowi tych firm i osób w przywozie z zagranicy celnej do Polski, po odliczeniu przywozu, dokonywanego w ramach umów rozrachunkowych i transakcyj kompensacyjnych.

Artykuł 7

Dla ustalenia faktu wysyłki towarów, pochodzących z zagranicy celnej, z Gdańska do Polski właściwą jest gdańska Izba Handlu Zagranicznego, wobec której wnioskodawca musi udowodnić lub uwiarogodnić wywóz. Wyznaczony w tym celu polski przedstawiciel otrzyma nieograniczony wgląd w odnośne prace Izby. Na jego wniosek każda wątpliwa sprawa powinna być przedłożona Gdańsko-Polskiemu Komitetowi do decyzji. Wniosek taki nie ma jednakże mocy wstrzymującej.

IV. Szczegółowe przepisy o obrocie płatniczym

Artykuł 8

W obrocie płatniczym z Polski do Gdańska mają być zasadniczo dopuszczone wypłaty wynikające z tytułu obrotu towarowego, z patentów i licencyj, z rent, pensyj i zaopatrzeń, jak również wszystkich innych zobowiązań, wypływających z normalnego obrotu płatniczego pomiędzy Polską i Gdańskiem.

Artykuł 9

Celem dokonywania obrotów pieniężnych między Rzeczpospolitą Polską a W. M. Gdańskiem zostaną otwarte w polskich bankach dewizowych dla osób fizycznych i prawnych, posiadających miejsce zamieszkania lub siedzibę na obszarze W. M. Gdańska, specjalne rachunki złotowe, na które polskie banki dewizowe będą mogły przyjmować wpłaty na dobro gdańskich posiadaczy tych rachunków bez jakiegokolwiek badania lub zezwolenia. Gdańscy posiadacze tych rachunków mogą obciążać je wypłatami w Polsce drogą uskuteczniania bezpośrednich przekazów na rzecz osób fizycznych lub prawnych, mających siedzibę lub miejsce zamieszkania w Polsce, jak również mogą dokonywać przelewów na te rachunki, których posiadaczami są osiadłe lub zamieszkałe na obszarze W. M. Gdańska osoby fizyczne lub prawne („gdańskie rachunki złotowe dla wypłat wewnętrznych" — t. zw. „Daki" —).

Artykuł 10

O ile gdańscy posiadacze rachunków nie chcą dysponować w Polsce kwotami, znajdującemi się na tych rachunkach i żądają wypłaty w dewizach, to wnioski o przydział dewiz należy zgłaszać w normalnej drodze w polskich bankach dewizowych.

Artykuł 11

Oprócz wymienionych w art. 9 rachunków „Daki", mogą być otwierane lub nadal prowadzone w polskich bankach dewizowych wolne rachunki zagraniczne dla instytucyj finansowych, mających siedzibę na obszarze W. M. Gdańska, podlegające postanowieniom polskiego ustawodawstwa dewizowego.

Prowadzone dotychczas w polskich bankach dewizowych wolne rachunki złotowe osób fizycznych i prawnych, posiadających miejsce zamieszkania lub siedzibę na obszarze W. M. Gdańska, mogą być zamieniane na życzenie posiadaczy rachunków, na rachunki „Daki" dotychczasowych posiadaczy lub przeniesione na wolne rachunki zagraniczne gdańskich instytucyj finansowych.

Należności, znajdujące się na dotychczasowych rachunkach zablokowanych, mogą być przenoszone jedynie na rachunki „Daki".

Artykuł 12

Celem utrzymania ruchu podróżnych do Gdańska zezwala się podróżnym z Polski do Gdańska na wywóz jednorazowo kwoty do 500 zł. miesięcznie. Fakt dokonanego wywozu zostanie stwierdzony na dołączonej do dowodu osobistego specjalnej karcie wywozu waluty, która będzie udzielana bez trudności przy przekroczeniu granicy.

V. Postanowienia końcowe

Artykuł 13

Niniejszy układ wchodzi w życie w 10 dni po jego podpisaniu i traci moc obowiązującą w 15 dni po jego wypowiedzeniu przez jedną ze Stron. Wypowiedzenie takie może jednakże nastąpić tylko 15. każdego miesiąca na koniec danego miesiąca, albo 1-go na 15-go tego samego miesiąca.

Niniejsze porozumienie zostało sporządzone w języku niemieckim i polskim, każdy tekst w 2 egzemplarzach. Obydwa teksty są równoznaczne.

Zoppot, dnia 9 czerwca 1936 r.

Za Senat Wolnego Miasta Gdańska	Za Rząd Polski
(—) Ernst Büttner	(—) Adam Rose
(L. S.)	(L. S.)

Załącznik

do ust. 2 artykułu 3 Porozumienia polsko-gdańskiego z dn. 9. VI. 1936 r.

1) Drewno (pozycja taryfy celnej wywozowej 14, 15, 16, 17, 18 i 19),
2) Trzoda chlewna (pozycja taryfy celnej wywyzowej 20 i 21),
3) Zboże, strączkowe i przemiały (pozycja taryfy celnej przywozowej 24 pkt. 1—3, 27, 28, 285 i 286),
4) Węgiel i koks (pozycja taryfy celnej przywozowej 180 i 182).

Schriftleitung: Geschäftsstelle des Gesetzblattes und Staatsanzeigers. — Druck von A. Schroth in Danzig.